

hinter dem inhaltlichen Diskussionsbedarf: F. behauptet, daß der Mensch ein Wesen der praktischen Rationalität ist und daß diese mit dem Guten verknüpft ist. Die Pointe ihres Ansatzes ist, daß sie von einem Kontinuum von Gründen ausgeht, die auf alle Handlungen zutreffen. Ihre moralphilosophischen Ausführungen sind methodischer Art. Sie legt keine inhaltliche Bestimmung der Natur des Guten vor. Vielmehr versucht sie zu verdeutlichen, daß es moralphilosophisch gerechtfertigt ist, von Zwecken der menschlichen Lebensform zu sprechen. In diesem Zusammenhang lösen sich für F. dann inhaltliche moralphilosophische Konflikte auf, weil man auf intuitive Evidenzen zurückgreift, die aus der menschlichen Natur folgen. Ihre praktischen Bewertungen haben einen anthropologischen Hintergrund, den sie aber nicht genügend ausleuchtet. Das Verhältnis von Natur und Geschichte thematisiert sie zu wenig und fragt nicht ausreichend nach, inwiefern die Kulturgeschichte die Naturgeschichte des Menschen beeinflusst. Eine unterstellte Unveränderbarkeit der menschlichen Natur müßte zumindest die Geschichtlichkeit der Beurteilung dieser Natur in Rechnung stellen. Zwar stellt F. fest, daß viele Moralphilosophen vor teleologischen Ausdrucksweisen zurückschrecken, weil sie diese „für Überbleibsel einer Weltanschauung [halten], in der die gesamte Natur als Spiegel des göttlichen Willens gilt“ (52–53). Doch sie nimmt diesem Schrecken nicht seinen Stachel. Sie geht einerseits davon aus, daß die *Aristotelian categoricals* eine Wahrheit zu einem bestimmten Zeitpunkt der Naturgeschichte darstellen, doch andererseits sollen sie anthropologische Konstanten sein. Sie sollen zwar keine invariante Anthropologie darstellen, aber umfassend für alle menschlichen Kulturen gelten. Würde sich F. näher auf die bei ihr schwärende Konfliktlinie einlassen, müßte sie für ihr Projekt einer naturalistischen Moralphilosophie mehr Begründungsarbeit leisten. A. BOHMEYER

KAUFMANN, FRANZ-XAVER, *Sozialpolitisches Denken*. Die deutsche Tradition (Edition Suhrkamp 2321). Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003. 197 S., ISBN 3-518-12321-1.

Ob der Bestseller von Umberto Eco: „Der Name der Rose“ die Vorlage geliefert hat, wie semantische Konstruktionen, philosophische Diskurse und geschichtliche Umwälzungen kreativ kombiniert werden können? Franz-Xaver Kaufmann (= K.) hat in der Darstellung der Geschichte des Begriffs: „Sozialpolitik“ sowohl die geistesgeschichtliche Auseinandersetzung um das Verhältnis von liberalem Rechtsstaat und bürgerlicher Gesellschaft als auch die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten 150 Jahre zu einem eindrucksvollen Reflexionsnetz verknüpft.

Er unterteilt die untersuchte Epoche in vier Zeitabschnitte. Der Abschnitt der 1830er Jahre bis 1863 wird in Anlehnung an Hegels Rechtsphilosophie durch die Sphäre des Politischen, die gleiche Rechte garantiert, und die Sphäre des Gesellschaftlichen, die eine Eigendynamik wirtschaftlicher Ungleichheiten erzeugt, charakterisiert. Die Vermittlung dieser Sphären bildet das Grundproblem der „Social-Politik“.

In dem Abschnitt 1863–1918 ist die soziale Frage von der Arbeiterfrage bestimmt. Im Zusammenhang mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung wird die Rolle der Sozialpolitik im Schnittpunkt einer staatlichen Hilfe, die darauf gerichtet ist, die materielle und ideelle Lebenslage der benachteiligten Klassen zu verbessern, und deren Selbsthilfe verortet.

Daß K. den Zeitabschnitt 1920–1945 als „Krise der Sozialpolitik“ charakterisiert, klingt zunächst überraschend. Er will damit die Demontage der sozialpolitischen Programmatik sowohl in der Weimarer Republik als auch unter dem Naziregime anzeigen. Zwar sind zu Beginn dieses Abschnitts sozialpolitische Neuerungen eingeführt worden. Aber gleichzeitig wurden drei diffuse und realitätsferne Tendenzen in der Theorie der Sozialpolitik greifbar: Man hinterfragt die Argumentationsmuster, die angesichts der miserablen wirtschaftlichen Lage eine komfortable Sozialpolitik rechtfertigen. Die Ziele, an denen sich sozialpolitisches Denken orientieren soll, streuen von der Wirtschaftsdemokratie bis zum formalen Zweck-Mittel-Verhältnis. Schließlich erzwingt das Naziregime, die Arbeiter als bisherige Adressaten der Sozialpolitik gegen die „gesunde“ Volksgemeinschaft auszuwechseln und die Zielrichtung von der Regelung der Klassenfrage auf die „Endlösung“ der Rassenfrage umzustellen.

Für den Zeitabschnitt nach dem 2. Weltkrieg verzichtet K. auf eine begriffliche Abgrenzung. Als normative Orientierungen nennt er das Bekenntnis des Grundgesetzes zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die soziale Marktwirtschaft. Das Ende der Kanzlerschaft Ludwig Erhards und der Beginn der Großen Koalition markieren die Grenze zweier Abschnitte, weshalb sich für die wissenschaftliche Sozialpolitik eine plakative Abgrenzung zweier Spannungsfelder „zwischen Tradition und Neuorientierung“ (1946–1966) sowie „zwischen Lebensqualität und Krise des Sozialstaats“ (1967–1999) ergibt, die in der Aussage formal und in der Sprache holprig klingen. Doch im Gegensatz dazu nennt K. für das erste Spannungsfeld markante Tendenzen: Indem sich der interdisziplinäre Kommunikationszusammenhang von Staats- und Sozialwissenschaft auflöst und das wirtschafts- und sozialpolitische Denken polarisiert, kann die Sozialpolitik eine die Arbeiterfrage entgrenzende „Gesellschaftspolitik“ entwerfen bzw. neue Forschungsfelder etwa der betrieblichen und kommunalen Sozialpolitik erschließen. Außerdem wird die Sozialpolitik zum Sammelnamen für den Rückgriff auf wissenschaftliche Ressourcen mit variablen Perspektiven und multidisziplinären Forschungsnetzwerken. Mit konzeptionellen Neuorientierungen werden die staatszentrierte Form der Sozialpolitik hinterfragt, die Vielfalt der Träger entdeckt und die herkömmliche Prämisse der Sozialpolitik, daß der Gegenstand der Erfahrung und der wissenschaftlichen Erkenntnis kongruent sei, aufgegeben. Schließlich verschieben sich die theoretischen Perspektiven von den Klassenkonflikten zu den Risiken individueller Lebenslagen. Dazu geraten die Verfahren und Strukturen der Leistungsangebote in den Blick sowie die unbeabsichtigten Folgen sozialpolitischer Maßnahmen.

Das zweite Spannungsfeld hat drei Dimensionen, ohne daß die zeitliche und die thematische Note deckungsgleich sind. Ende der 60er Jahre entsteht das Konzept einer aktiven Sozialpolitik. Im Vertrauen auf die Steuerungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates wechselt man von der Einkommenssicherung zur Sozialplanung, die mehr Lebensqualität verspricht. Dazu wird die staatszentrierte Sozialpolitik kritisiert, sie sei bürokratisch, rechtlich und professionell überfrachtet und verdränge die Marktsteuerung sowie das Engagement von Selbsthilfegruppen. Mit der studentischen Protestbewegung, die den Staat in gegensätzliche Klasseninteressen verwickelt wähnt, konzentriert sich auch die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf den Sozialstaat selbst. Im demokratischen Wohlfahrtsstaat sieht man den Garanten von Bürgerrechten. In den 90er Jahren erzwingt ein ganzes Bündel heterogener Herausforderungen einen doppelten Diskurs über die Sozialpolitik, wie öffentlich-rechtliche, marktwirtschaftliche und assoziative Steuerungsformen selektiv eingesetzt werden, und wie ihre Koordination, Effizienz und Finanzierung gelingt.

Wer K. auf der Spurensuche des sozialpolitischen Denkens folgt, gewinnt faszinierende Einsichten in die bewegte Geschichte der wissenschaftlichen Sozialpolitik in Deutschland. Er empfindet die Aura des Weisen, der fähig ist, eine verwirrende Komplexität zu ordnen. Er respektiert die zurückhaltende Darstellung, die allenfalls am Rand und in Nebensätzen eigene Urteile einfließen läßt. Auch persönliche Vorlieben sind spürbar, wenn K. auf Analogien zwischen historischen Auseinandersetzungen und aktuellen Konfliktlagen verweist.

Daß K. für die Zeitabschnitte vor 1945 profilierte Abgrenzungen bereithält, nicht jedoch für die Zeitabschnitte danach, mag entschuldbar sein, solange die Umbrüche der Nachkriegszeit sich einer begrifflich eindeutigen Zuordnung verschließen. Dies ist wohl für das Spannungsfeld 1967–1999 wiederholt der Fall: Die Studentenrevolte und die anhaltende Wirtschaftskrise, die mit der Aufkündigung des Währungssystems von Bretton-Woods datiert wird, sind weder zeitlich noch inhaltlich kongruent. Die Ursachenskomplexe der Krise des Sozialstaats: Steuerungsdefizite, Fall der Mauer, globale Finanzmärkte, transnationale Unternehmen, Veränderung weiblicher Lebensverhältnisse, demographische Entwicklung und strukturelle Arbeitslosigkeit verlaufen nicht entlang einem linearen Zeitmuster.

Auffällig in K.s Dramaturgie des sozialen Denkens wirkt der zweimalige Auftritt des Begriffs: „Krise“. Eine „Krise der wissenschaftlichen Sozialpolitik“ schwelt zwischen den beiden Weltkriegen. Und eine „Krise des Sozialstaats“ ist in den 90er Jahren manifest. In beiden Fällen verweist die Krisenmetapher auf einen Zeitraum wirtschaftlicher

Wachstumsschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Daß sozio-ökonomische Krisenzeiten das sozialpolitische Denken aus der Bahn werfen, ist nicht erstaunlich.

Die wiederholte Krisenlage der Sozialpolitik und ihre reflexive Einordnung löst zwei kritische Anfragen aus: Wie plausibel ist die im Buch wiederholt angedeutete idealtypische Sichtweise einer Vermittlung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft als estrangische Deutungsmuster der Sozialpolitik? Die Bürgergesellschaft wird zwar in sozio-ökonomischen Krisenzeiten als Träger der Sozialpolitik beschworen. Aber sie reproduziert die klassen-, geschlechts- und milieubedingten Schief lagen. Folglich kann sie nicht demokratische Abwehr-, Anspruchs- und Beteiligungsrechte einlösen, die durch den Staat verbürgt sind. Eine staatszentrierte Sozialpolitik, die gesellschaftliche Verhältnisse der Abhängigkeit und Übermacht auf den Arbeits-, Güter- und Finanzmärkten kapitalistischer Wirtschaften korrigiert, erhält damit ein starkes Gewicht. Denn wer anders als der Staat soll verhindern, daß die wohlhabende bürgerliche Gesellschaftsmehrheit strukturell benachteiligte Mitglieder ausschließt? Deren riskante Lage der Ausbeutung, Ausrandung und Ausgrenzung drängt sich als systematischer Ort einer Theorie der Sozialpolitik eigentlich auf.

Die wiederholte Verwendung der Krisenmetapher für das sozialpolitische Denken und die Operationen des Sozialstaates decken ein bezeichnendes Defizit der Sozialpolitik auf, nämlich die Abkoppelung von der Wirtschaftspolitik. Das berechtigte Anliegen, ein autonomes Deutungsmuster aufzuweisen, ist verständlich. Aber es verstärkt die Mutation der Wirtschaftswissenschaft zu einem weltanschaulichen Konstrukt, insofern ein betrieblicher Mikroblick installiert und das Wechselverhältnis des monetären und realwirtschaftlichen Kreislaufs ausgeblendet werden. Damit verliert die theoretische Sozialpolitik eine unverzichtbare Grundlage ihrer Argumentation. Überdies wird sie von marktradikalen Dogmatikern gedrängt, den Sozialstaat als Wachstumsbremse und die soziale Absicherung des Lebensstandards als Standortnachteil einzustufen. Sollte der Verdacht eines ausschließlichen Kostenfaktors fallengelassen werden, so bliebe dennoch der Produktivitätsbeitrag der Sozialpolitik auf den Anstieg der betriebswirtschaftlichen Effizienz beschränkt. Offenkundig überschattet nicht nur die Wirtschaftskrise, sondern auch die Krise des ökonomischen Denkens den Begriff der Sozialpolitik.

F. HENGSBACH S. J.

SPIESS, CHRISTIAN, *Sozialethik des Eigentums*. Philosophische Grundlagen – kirchliche Sozialverkündigung – systematische Differenzierung (Schriften des Instituts für christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Band 51). Münster: Lit 2004. 256 S., ISBN 3-8258-7467-2.

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Mit diesem zweiten Absatz des Artikels 14 Grundgesetz (GG) ist das sozial-ethische Ergebnis der Dissertation von Christian Spieß (= S.) zur Sozialethik des Eigentums prägnant, wenngleich nicht erschöpfend zusammengefaßt. Doch bevor S. zu einem solchen Ergebnis kommt, leistet er eine Menge Vorarbeit. Das erste Kap. (22–143) ist ein Kompendium traditioneller und gegenwärtiger philosophischer Positionen zum Eigentum. Auch wenn biblische Motive und Optionen der Ausgangspunkt der Untersuchung zur systematischen Entwicklung einer Eigentumsethik sind, ist für S. eine Auseinandersetzung mit philosophischen Ansätzen unumgänglich, um ausreichend Sachkompetenz für eine eigene, christlich motivierte Eigentumsethik zu erwerben. Aus diesem Grund rekonstruiert S. in neun Schritten verschiedene philosophische Konzeptionen zur Eigentumsethik, die er dem Leser am Ende eines Abschnitts in jeweils fünf Punkten nochmals komprimiert präsentiert. Indem er auch einen Einblick in andere Ausschnitte des Œuvres des jeweiligen Autors gewährt, geht er über die bloße Darstellung der eigentumstheoretischen Positionen hinaus. S. wählt dieses Vorgehen, weil der Eigentumsbegriff eines Philosophen seines Erachtens immer auch in das größere Ganze einer Theorie eingebettet ist. So legt er z. B. dar, daß bei Hegel das Recht auf Eigentum eine grundlegende Bedeutung für seine praktische Philosophie hat (vgl. 79). Im Gegensatz dazu hatte die Eigentumstheorie bei Kant wirkungs- und rezeptionsgeschichtlich nur wenig Ein-